

## „Trump wirkte wie ein wütender Boxer“

Martin Thunert zum TV-Duell

Von Christian Altmeier

**Heidelberg.** Martin Thunert (Foto: privat) ist Dozent und Politikwissenschaftler am Heidelberg Center for American Studies (HCA) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

**> Herr Thunert, haben Sie erwartet, dass die Debatte zwischen Donald Trump und Joe Biden so aggressiv und chaotisch verlaufen wird?**

Ja, ich habe so etwas in der Art bereits befürchtet. Allerdings war es dann doch noch etwas schlimmer, als ich erwartet hatte. Dazu beigetragen hat sicherlich, dass es nur einen Moderator und kaum Publikum gab. Das hat bei Trump anscheinend die letzten Hemmungen fallen lassen. Aber auch Biden ist oft ausfällig geworden. Er hat Trump „Clown“ und „Putins Schoßhündchen“ genannt und ihn für alle Covid-19-Toten in den USA verantwortlich gemacht. Das war keine Debatte, sondern Schulhofraufereien von Pubertierenden – nur dass die Kontrahenten dem Schüleralter längst entwachsen sind. Die Debatte hat die Strahlkraft der amerikanischen Demokratie weiter beschädigt.

**> Vor allem Trump ist sehr aggressiv in die Debatte gegangen. Was verspricht er sich davon?**

Trump liegt in den Umfragen zurück. Er schaltet daher in den Angriffsmodus und scheint darauf zu vertrauen, dass er mit seiner brachialen Art auch den letzten Anhänger mobilisieren kann. Deshalb distanziert Trump sich auch nicht von extremen Gruppierungen, wie etwa den „Proud Boys“, denn er braucht jede Stimme seiner Kernwählerschaft. Gleichzeitig geht er ein großes Risiko ein, weil mit diesem Gehabe gemäßigte Wählerinnen in den Vorstädten, die zu seinem Wahlsieg 2016 beigetragen haben, auch leicht verprellen kann. Trump wirkte auf mich wie ein wütender Boxer, der seine Angriffe nicht fokussiert. Ich glaube, er hat sich damit keinen Gefallen getan. Er hätte stattdessen versuchen müssen, die Wahl nicht nur zu einer Abstimmung über seine Amtszeit, sondern auch über die Eignung des Gegenkandidaten zu machen.

**> Konnte Joe Biden denn bei dem Duell punkten?**

Bei Joe Biden habe ich das Gefühl, dass er seinen Vorsprung in den Umfragen über die Zeit retten will. Er gibt sich staats-tragend. Was er im Duell gut gemacht hat, war, dass er mehrfach direkt in die Kamera gesprochen hat und sich direkt an die Amerikaner gewendet hat. Ich denke nicht, dass sich nach dieser Debatte viel verändert hat, aber das würde Biden ja schon reichen. Inhaltlich habe ich jedenfalls keine großen Visionen von ihm wahrgenommen.

**> Gab es neben den persönlichen Angriffen denn überhaupt inhaltliche Erkenntnisse?**

Nein, die Debatte war inhaltlich sehr substanzlos. Trumps größter Erfolg war sicherlich, dass er mehrfach Biden gezwungen hat, sich von Forderungen zu distanzieren, die dem progressiven Flügel der Demokraten heilig sind. Dazu zählen etwa der Green New Deal, eine Krankenversicherung für alle oder die Forderung, die Finanzierung der Polizei auszusetzen. Das wird den Enthusiasmus für ihn beim linken Parteiflügel nicht gerade steigern. Trump hat außerdem recht gut dargelegt, warum er und die republikanische Mehrheit im Senat durchaus dazu legitimiert sind, noch vor der Wahl eine neue Verfassungsrichterin zu ernennen.

**> Trump hat erneut über angeblichen Wahlbetrug bei der Briefwahl gesprochen. Glauben Sie, dass er eine Niederlage bei der Wahl überhaupt anerkennen würde?**

Ich denke, sein Kalkül ist, dass er in der Wahlnacht bei den persönlich abgegebenen Stimmen vorne liegt. Er könnte sich dann vorzeitig zum Sieger erklären und versuchen, die Auszählung der Briefwahlstimmen auf gerichtlichem Wege stoppen zu lassen. Das wird natürlich vor dem Obersten Gerichtshof landen. Deshalb ist es auch wichtig für ihn, jetzt noch eine konservative Richterin zu ernennen. Falls das passiert würden die USA allerdings mit Sicherheit auf eine Verfassungskrise zusteuern.



Ob diese Zuschauer in West Hollywood, Kalifornien, von der Debatte überzeugt sind? 60 Prozent sagten später in einer Blitzumfrage, das TV-Duell habe sie vor allem geärgert. Foto: AFP

## Versunken im Chaos

Das TV-Duell zwischen Donald Trump und Joe Biden gerät zur absurden Schlamm Schlacht – Das liegt vor allem am Amtsinhaber

Von Can Meray

**Cleveland.** Der Handschlag bleibt Präsident Donald Trump und Herausforderer Joe Biden erspart, wegen Corona. Die Geste hätte aber auch nichts an der Feindseligkeit beim ihrem ersten TV-Duell geändert, die sich am Dienstagabend (Ortszeit) in Cleveland schon in den ersten Minuten Bahn bricht. Der Republikaner Trump und der Demokrat Biden sparen nicht mit Beleidigungen. Besonders Trump fällt Biden, aber auch Moderator Chris Wallace immer wieder ins Wort.

Fünf Wochen vor der Wahl stehen Trump und Biden erstmals auf derselben Bühne. Versöhnliches ist dabei nicht zu beobachten. Biden bezeichnet Trump als „Rassisten“, „Lügner“, „Clown“ und als „Putins Welpen“. Der Ex-Vizepräsident bescheinigt dem Amtsinhaber: „Sie sind der schlechteste Präsident, den Amerika je hatte.“ Trump erwidert: „Es gibt nichts Kluges an Ihnen, Joe.“

Trump (74) hat öfter den Geisteszustand seines 77-jährigen Herausforderers angezweifelt. Doch am Dienstag lobt er sich keine der Patzer, für die er bekannt ist. Viele Attacken lächelt er einfach weg. Dem Ex-Vizepräsidenten gelingt es sogar, Ruhe zu bewahren, als Trump seinen Sohn Hunter angreift, dessen frühere Drogenprobleme thematisiert und ihm vorwirft, im Ausland mit fragwürdigen Geschäften Millionen gemacht zu haben. Biden weist das zurück.

Die meisten von Trumps Aussagen sind altbekannt: Trotz 200 000 Corona-Toten lobt er sein Krisenmanagement. Er weigert sich, Rechtsradikale eindeutig zu verurteilen, und hält Linke – als deren Marionette er Biden sieht – für die wahre Bedrohung. Den Demokraten wirft er vor, durch massenhafte Briefwahl für Wahlbetrug sorgen zu wollen.

Trump's Taktik, wie schon vor vier Jahren: Er versucht permanent, das Wort an sich zu reißen und die Themen in eine andere Richtung zu lenken. Biden sagt irgendetwas: „Würden Sie die Klappe halten, Mann?“ Auch Moderator Wallace treibt Trumps Verhalten beinahe zur Verzweiflung. „Ich bin der Moderator der Debatte, und ich möchte, dass Sie mir erlauben, meine Frage zu stellen“, sagt er irgendwann. Trump sagt an Wallaces Adresse: „Ich schätze, ich debattiere mit Ihnen, nicht mit ihm. Aber das ist okay, ich bin nicht überrascht.“

Trump hat bereits im Vorfeld versucht, den weithin als unabhängig respektierten Wallace zu diskreditieren. Wallace würde „von der radikalen Linken kontrolliert werden“, sagte er in einem Interview. Nach der Debatte verbreitet Trump auf seinem Account den Tweet

eines Mitarbeiters seines Wahlkampfteams, in dem es heißt, Wallace schulde dem Präsidenten und den Amerikanern eine Entschuldigung für sein Verhalten.

Wallace ist in den rund 95 anstrengenden Minuten sichtlich um Ausgewogenheit bemüht. Doch versinkt die Diskussion vor allem wegen des brachialen Stil von Trump über weite Teile im Chaos – und es gibt wenig Hoffnung, dass die beiden nächsten Fernsehduelle anders verlaufen werden. In einer anschließenden Blitzumfrage des Senders CBS antworteten mehr als zwei Drittel, die Diskussion habe sie vor allem verärgert.

In einer Umfrage des Senders CNN sagen denn auch 60 Prozent, Biden habe sich besser geschlagen, nur 28 Prozent sehen einen Erfolg Trumps. Für die Wahl am 3. November muss das aber nichts heißen. Die Umfrage nach der ersten Debatte zwischen Trump und Clinton vor vier Jahren ergab ein ähnliches Resultat. Wie die Wahl danach ausging, ist bekannt.

„Würden Sie die Klappe halten?“

## EU zählt Ungarn und Polen an

Vernichtendes Zeugnis über Rechtsstaatlichkeit – Mehrheit der Länder für Finanzstrafen

Von Ansgar Haase

**Brüssel.** Der Streit um Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit in der EU spitzt sich dramatisch zu. Die EU-Kommission stellte Staaten wie Ungarn und Polen in einem Rechtsstaats-„TUV“ ein vernichtendes Zeugnis aus. Fast zeitgleich machte eine Mehrheit von EU-Staaten ungeachtet von Drohungen aus Warschau und Budapest den Weg für ein Verfahren zur Bestrafung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit frei. In den anstehenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament könnte dieser Mechanismus sogar noch verschärft werden.

Brisant sind die Ereignisse vor allem deswegen, weil Ungarn und Polen mit einer Blockade von wichtigen EU-Entscheidungen zum langfristigen Gemeinschaftshaushalt drohen, sollte der neue Rechtsstaatsmechanismus eingeführt werden. Dies könnte zum Beispiel dazu führen, dass

das geplante Corona-Konjunkturprogramm nicht starten kann. Der deutsche EU-Botschafter Michael Clauß sprach von einer „zugespitzten Auseinandersetzung“ und warnte vor einer Blockade bei den Haushaltsverhandlungen.

Das nun auf den Weg gebrachte Strafinstrument sieht unter anderem vor, Kürzungen von EU-Finanzhilfen zu ermöglichen, wenn Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit „in hinreichend direkter Weise“ Einfluss auf die Haushaltsführung und die finanziellen Interessen der Union haben. Die EU-Kommission hat eigentlich ein deutliches schärferes Instrument vorgeschlagen, das die Verhängung von Finanzsanktionen einfacher gemacht hätte.

Eine Entscheidungsgrundlage für mögliche Sanktionen sollen unter anderem die jetzt vorgelegten Rechtsstaatsberichte der EU-Kommission sein. Dabei hat die Brüsseler Behörde erstmals systematisch den

Zustand etwa von Gewaltenteilung, Medienvielfalt und Unabhängigkeit der Justiz in den EU-Ländern untersucht – und zum Teil eklatante Mängel festgestellt.

Bei Ungarn kritisierte die Kommission eine mangelnde Unabhängigkeit der Justiz, eine systematische Behinderung und Einschüchterung unabhängiger Medien sowie Mängel bei der Korruptionsbekämpfung. Zu Polen hieß es, mehrere „ernsthafte Bedenken“ an der Unabhängigkeit von Richtern hätten weiter Bestand. Der Einfluss von Regierung und Parlament auf die Gerichte sei gewachsen.

Wie vergiftet die Atmosphäre ist, hatte sich kurz vor der Veröffentlichung gezeigt, als Kommissionsvize Vera Jourova dem rechtsnationalen Ministerpräsidenten Viktor Orban vorwarf, „eine kranke Demokratie“ aufzubauen. Mit ihren Äußerungen habe sie „Ungarn und die ungarischen Menschen beleidigt“, so Orban.

## Liberaler De Croo soll Belgien führen

**Brüssel.** (dpa) Der flämische Liberale Alexander De Croo (Foto: dpa) soll neuer Ministerpräsident von Belgien werden. Zuvor hatten sich sieben Parteien auf eine sozialliberale sogenannte Vivaldi-Koalition geeinigt – 16 Monate nach der Parlamentswahl von 2019. Der Name Vivaldi nimmt Bezug auf die Farben der beteiligten Parteien: Grün, Rot, Orange und Blau. Die neue Regierung soll am Donnerstag ins Amt eingeführt werden, wie der Königspalast mitteilte. Der 44-jährige De Croo ist seit 2012 Vizepremier und war zuletzt auch Finanzminister. Der liberale Politiker aus Vilvoorde nahe Brüssel ist Wirtschaftsingenieur und arbeitete zwischen 1999 und 2006 für eine große Unternehmensberatung.



## Verhandlungen nach dem Säbelrasseln

Weil seine Position geschwächt ist, ist Erdogan zum Einlenken im Erdgasstreit bereit – Auch die Wirtschaft im eigenen Land schwächelt

Von Heinz Gstrein, RNZ Athen

**Ankara/Athen.** Nach ihrem sommerlichen Säbelrasseln setzt sich die Türkei diese Woche in Istanbul mit dem Erbfeind Griechenland an den Verhandlungstisch. Es geht um das, was Recep Tayyip Erdogan die „blaue Heimat“ nennt: Gewässer vor griechischen Inseln und Zypern, unter denen reiche Erdgasvorkommen schlummern.

Im Vorfeld hat US-Außenminister Mike Pompeo am Montag vom amerikanischen Stützpunkt Souda auf Kreta aus den Griechen massiven Rückhalt gewährt. Allzu lang war Erdogan Liebkind von US-Präsident Donald Trump gewesen, bis er sich mit seiner Israelfeindschaft dessen Sympathien verscherzte. Auch konnte er mit seiner Moscheeisierung der Hagia Sophia und anderer Kirchenmuseen zwar einige Islamisten um sich scharen, hat die kultivierte Welt jedoch vor den Kopf gestoßen.



In der Krise: Recep Tayyip Erdogan hofft auf Milliarden aus der EU. Foto: dpa

Für Ankara gab das nach seinen Schlappen in Syrien und Libyen den Ausschlag, wenigstens den EU-Staaten Griechenland und Zypern gegenüber auf Gesprächsbereitschaft zu schalten. Was Erdogan am Monatsende nicht hinderte, den frischen Konflikt zwischen dem „türkstammigen“ Aserbaidschan und Armenien um Berg-Karabach zu schüren. Es lässt eben die Katze das Mäusen nicht.

Wenn er sich jetzt in Richtung Athen und Nikosia geschwächt gibt, wie das aus Erdogans dreiseitiger Botschaft an den EU-Gipfel vom Wochenende hervorgeht, hängt das auch damit zusammen, dass seine wieder und wieder neu geschärfte „Flüchtlingswaffe“ stumpf geworden ist. Das laute europäische Nachdenken über weniger Aufnahmebereitschaft – als bisher vom Dublin-Abkommen garantiert – konfrontiert Ankara mit dem Schreckgespenst, auf fast vier Millionen Flüchtlingen und Auswanderern sitzen zu bleiben.

Dabei steht die Türkei vor dem finanziellen Ruin. Nicht nur Erdogans Palastbauten – so jetzt wieder am Van-See – und militärischen Abenteuer, auch die Corona-Pandemie haben den Staatshaushalt überfordert und die Wirtschaft ins Wanken gebracht. Ohne den üblichen Handel, mit stagnierender Produktion und Ausbleiben der Touristen, steht den Türken ein karger Winter bevor.

Der letzte große Exportmarkt für türkische Konsumgüter, Saudi-Arabien, boykottiert sie aus politischen Gründen. Viele Familien – von denen übrigens fast alle ein Mitglied als Erdogan-Gegner im Gefängnis haben – können nur noch von Überweisungen ihrer auslandstürkischen Verwandten leben. Die Türkei ist nicht einmal mehr in der Lage, ihre dringenden benötigten ausländischen Medikamente zu bezahlen: Allein amerikanischen Pharma-Konzernen schuldet Ankara inzwischen 2,3 Milliarden Dollar.

Erdogan will sich daher ein Einlenken im Erdgasstreit von der EU vergolden lassen. Ankara hofft dabei vor allem auf Bereitschaft in Berlin und Brüssel, der Türkei als Migranten-Auffangbecken neue Euro-Milliarden zu überweisen. Denn Ablenkungsmanöver und Überwachung reichen längst nicht mehr aus, um sein Volk noch ruhig zu halten. Wenn es den Türken nicht bald besser geht, könnte es für ihn ein schlechtes Ende nehmen.